



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

28 (17.1.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-144427](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-144427)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion 377

Expedition und Verlags-

buchhandlung 318

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüreaus
in Berlin und Karlsruhe.

Gefestete und verbreitete Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.

Auswärtige Inserate . . . 30

Die Kellere-Zeile . . . 1 Mark

Nr. 28.

Dienstag, 17. Januar 1911.

Abendblatt.)

Vierzig Jahre Kaiser und Reich.

18. Januar 1871 — 18. Januar 1911.

„Es kommt wie verkündete Jungfrau,
Die hoch aufbrandende Wogen!
Wie olympischer Wein, der im Sturme das Blut
In die fiebernde Schläfe gezogen!
Scharf klingend, als schlage tödenden Streichs
Ein Schwert durch zerstückende Reiser —
Das Volk und die Fürsten des Deutschen Reichs,
Sie haben gekürt einen Kaiser!“

Vierzig Jahre besteht nun das Deutsche Reich: Vor 40 Jahren haben Deutschlands Fürsten in der doch schon merklich verblähten Pracht des Pariser Spiegelssaales dem ehrsüchtiggebietenden Preußenkönig Wilhelm zum ersten Male als primus inter pares und deutschen Kaiser gebührend. Man hat darüber gestritten, ob dieser Erinnerungstag festlich zu begehen wäre, und es hat besonderer Anregungen, beinahe behördlicher und privater Anstrengungen bedurft, ehe man sich dann doch darauf einigte. Das wirkt auf den ersten Blick seltsam und schier unnatürlich und hat dennoch allerlei psychologische Gründe. Es ist uns mit dem neuen Reich bis zu einem gewissen Grade gegangen wie mit der deutschen Freiheit, auf die man zu Beginn der Reaktionszeit die Spottverse prägte:

„D haltet fest, was ihr errungen,
Die deutsche Freiheit haltet recht;
Ihr habt sie ja so oft besungen,
So oft vertraut und versprochen!“

Die Wahrheit ist: wir haben durch lange Jahre, die noch nicht einmal ganz der Vergangenheit angehören, zu viel jubiliert. Wir haben uns durch Jahrzehnte über die trohe und stolze Tatsache, daß dem Schönen der Nation nun endlich Erfüllung ward, gar nicht zu fassen vermocht; wir kamen aus dem Rausch der ewigen Kommerzbegeisterung zeitweilig überhaupt nicht mehr heraus. Kommerzbegeisterung aber hat die Eigenschaft, daß sie auf die Dauer die Geister erschläft und die Herzen erfaltet. So geschieht es, daß uns Kelterern, aber doch schon im neuen Reichs-Geborenen, die vor 15 Jahren jeden einzelnen Sieg, jede Schlacht durch Monate eifrig feierten, es heute nicht ganz leicht wird, schon wieder die rechte Bestimmung aufzubringen. Dazu kommt, daß auch noch jetzt, nach 40 in vielen Stücken reichen und geeigneten Jahren das Reich nicht ganz dem Wille entspricht, das die darum rangen und stritten, von ihm sich gemacht hatten. Wer an der Hand des Dandischen-Bennigsen-Buches, das als ein Gegenstück und eine Ergänzung des höfischen und vielfach kritischen Siedel'schen Werkes über die Reichsgründung seinen besonderen Wert erhält, noch einmal die Wehen an sich vorüberziehen läßt, die der Geburt des Reiches vorausgingen, dem stößt immer wieder auf, worum man in diesen Jahren unflorer Sehnsucht und widerspruchsvollen Hoffens — auch in den doch auf das preussische Programm gegründeten Kreisen des Nationalvereins — nicht eigentlich wünschte, daß uns das Reich als ein Geschenk

von oben gegeben würde. Man befürchtete ein Erstarken der spezifisch preussischen konservativen Tendenzen, bangte davor, daß diese Konservativen des preussischen Ostens, die das Reich doch nie gewollt hatten — ihre spätere Reichsfreundschaft ist jungen Datums und äußerst weltlichen Ursprungs —, ihre schwere Hand auch auf den jungen Staat der Deutschen legen würden. Die Wünsche von damals sind nicht erfüllt worden, und wer dem Gang der Dinge unbefangenen und mit historischem Sinn nachgeht, wird bekennen müssen: sie konnten überhaupt nicht erfüllt werden. Des Schicksals der Deutschen, des Dualismus zwischen Habsburg und Preußen — die letzten Jahre des Nationalvereins, wo der Süden (soweit man bei der allgemeinen Wirrnis von Entschiedenheit reden durfte) sich immer entschiedener für die österreichische Seite aussprach, erweisen das — wäre ohne Blut und Eisen schlechterdings nicht Serr zu werden gewesen. Um so mehr haben die Verführungen von damals sich bewährt. In dem „verlängerten Preußen“, wie der alte Kaiser sich das Reich gedacht hatte, und wie es in der Hauptsache dann auch war, sind wirklich die Konservativen die Herren geworden und sind es geblieben bis auf den heutigen Tag. Das aber drückt auch in diesen Stunden weidewilligen Erinnerens auf unsere Stimmung. Unsere Väter oder die vor uns auf demselben Platz und an derselben Stelle standen, haben, als aus siegreichen Schlachten das Reich als stolze Trophäe heimgebracht war, vielfach doch anders gefühlt. Zwar hatten auch sie das Werden des neuen Reiches sich anders gewünscht, aber sie fanden — und das ist natürlich genug — mit dem Gewordenen schnell sich ab. Der Rausch des jungen, schier ungeahnten Glückes hatte sie erfasst; der Erfolg, der alle Dinge vergoldet, sie geblendet. Wohl wußten sie, daß das in Feld und Wäldern mit eiligen Schlägen zusammengehackte Reich auf Ausbau und Fortbildung angewiesen blieb. Aber in einem nur allzu verständlichen Optimismus vertrauten sie auf den Stern, der spät, aber dafür um so strahlender den Deutschen aufgegangen war. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, hatte ihnen bisher so wunderbar geholfen; er würde fernherhin mit ihnen sein. Felsenfest — wer in den Zeugnissen jener Tage blättert, liest es mit stiller Behmut — stand bei ihnen der Glaube an die „freihetliche Entwicklung“ des jungen Staatsgebildes. Und die ersten Jahre schienen solchen Auffassungen durchaus recht zu geben.

Wir alle wissen, daß es nachher so ganz anders gekommen ist. Preußen ist nicht in Deutschland aufgegangen: das war auch nicht vonnöten und vielleicht nicht einmal zu wünschen. Dafür hat es mancherlei unerfreuliche Eigenschaften, zum mindesten einige von den Schwächen, die doch auch diesen stolzen und starken Staat eignen, auf das Reich übertragen, und unter solchen Einflüssen sind die partikularistischen Strömungen in einer Weise erstarkt, wie man es damals gar nicht

für möglich gehalten hätte. Veraltete und überlebte Institutionen, denen man vor 40 Jahren mit guten Gründen ein baldiges Sterben vorausgesetzt hatte, haben eine Daseinskraft entwickelt, die häufig lähmend auf unser nationales Gedächtnis gewirkt hat. Anstatt in froher Einmütigkeit dahin zu streben, das Reichshaus für immer weiteren Kreisen unserer Volksgenossen wohnlich zu machen, haben wir uns in inneren Kämpfen verzettelt, als ob die Todfeinde deutschen Wesens und deutscher Herrlichkeit in unserer Mitte siedeten. Auf den Begeisterungsrausch ist die Reichsverdroffenheit und eine müde, resignierende Apathie gefolgt.

Und dennoch bleibt dieser 18. Januar ein Festtag der Nation und das Gedächtnis an das reichste Glück, das den Deutschen in ihrer Geschichte beschieden war. Man muß immer wieder in den Jammer der Staatlosigkeit und des Bundesstaates hinabsteigen, um zu ermessen, aus welcher Not er uns erlöst hat. Alles, was wir haben und genießen, und was wir später Geborenen als selbstverständlich hinnehmen, weil es uns an die Wiege gebunden ward, — Geltung und Ansehen unter den Völkern, das märchenhafte Erstarken unserer Wirtschaft und das Aufblühen unserer Städte — alles das und noch manches andere dazu verdanken wir der Reihe glorreicher Weisheits, die in der Schlachtdröhre der Ludwigs, wenn nicht ihren Kulminationspunkt, so doch ihren dekorativen Ausdruck fand. Und immer darf die Tatsache, daß, wo viel Licht ist, auch breite Schatten fallen, diese dankbare Erkenntnis uns trüben. Nur daß wir darum nicht kritiklos werden sollen. Wie der sein Kind am tiefsten liebt, der es bei vorhandenem Anlaß auch züchtigt, so sind nicht die Schönfärber und die nach dem Wunde-Medner die besten Patrioten, sondern die mit ernstem Blick nach den Fehlern des Gemeinwesens suchen und sie mit heiligem Eifer zu bessern trachten. Wer rätet, der rötet. Und wir haben in diesen Jahren bisweilen gerötet. Deftiger als ein Staat, der mit Mühe und Not erst das Schwabenalter erreicht, sich's hätte leisten dürfen.

Des Reiches Geburtstag — ein Tag der Erinnerung an Otto von Bismarck.

Zum 18. Januar wendet sich der Ausschuss zur Errichtung eines Bismarckdenkmals am Rhein mit einem Ruf zu an das deutsche Volk, daß groß und schön gedachte Wert zu fördern:

Dank und Erinnerung müssen Früchte treiben. Noch fehlt ein Denkmal des gemeinsamen Empfindens des deutschen Volkes. Es soll sich am grünen Rhein erheben, dort, wo tausendfach die Spuren der Geschichte

Feuilleton

Die Kaiserproklamation in Versailles.

Als vor vierzig Jahren am 18. Januar der trübe, regenfeuchte Morgen anbrach und mit ihm der Geburtstag des neuen Deutschen Reichs, da hatte außerhalb der Armee kaum jemand eine Ahnung von der Bedeutung jener weltgeschichtlichen Feier, die sich in wenigen Stunden entfalten sollte. Man munkelte von einem Ordensfest zu Ehren der Ritter des eisernen Kreuzes, denn es war bekannt geworden, daß in den Armeebefehlen hauptsächlich die mit dem eisernen Kreuz geschmückten zur Beteiligung auszuwählen waren. Witten im Feindesland war diese strenge Geheimhaltung notwendig, denn hätten die Pariser gewußt, um welches ein Fest es sich hier handle, so wäre sicherlich ein großer Ausfall unternommen worden. Immerhin haben die Geschäfte des Mont Valerien und der Festung auf St. Cloud feuernden Batterien mit ihrem großartigen Donner die Stunde der Kaiserkrönung begleitet.

Während man also in Versailles, selbst unter den nicht zur Armee gehörenden Deutschen, sich auf allerlei Vermutungen beschränkte, herrschte in den Reihen des Heeres allgemeine Aufregung, und auch die, die nicht persönlich dabei sein konnten, verlebten sich im Geiste in das Schloß von Versailles, diese Hochburg des französischen Absolutismus, die nun zur Wiege des deutschen Kaiserthums auszuwählen war. Wir besahen über alle Einzelheiten des festlichen Vorganges an jenem denkwürdigen Tage ein mit größter Sorgfalt geordnetes Buch von Dr. Th. Loche-Mittler, aus dem wir, den Gesamtentwurf der Feier in großen Linien nachzeichnen, einige farbige Szenen herausheben.

Nur vor zehn Uhr besichtigte der Kronprinz, dem es oblag, alle Festanordnungen zu leiten, die Aufstellung der Ehrenwache und der Fahnenträger, die dann durch die Stroßen von Versailles

nach dem großen Ehrenhof des Schlosses zogen, wo sie unter den Klängen von „Was ist des Deutschen Vaterland?“ an der gebietenden Reiterstatue Ludwigs XIV. und all den anderen steinernen Helden Frankreichs vorbeizogen. Während die Posten besetzt und an den Eingängen der Säle Kürassiere mit gestrecktem Kolbisch aufgestellt wurden, versammelten sich die geladenen Teilnehmer auf dem Schlosshof und füllten dann allmählich die Spiegelgalerie des Schlosses, die zum Schauspiel der Proklamation auszuwählen war. Ein kriegerisch prächtiges Bild entrollte sich so langsam in diesem glänzenden, von Gold und Strahlendem Licht schimmernden Festraum, von dessen Decke die prunkvollen, des Sonnenkönigs Taten verherrlichenden Gemälde niederschauten. Die Versammlung nahm nun allmählich so Aufstellung, daß vor dem Altar, an dem der kirchliche Teil der Feier stattfinden sollte, noch Raum freibleib. Kurz vor zwölf Uhr erschien zuerst der Kronprinz, um seinen königlichen Vater zu empfangen. Hochaufgerichtet, das Auge freudig auf das bunte Bild vor ihm geheftet, stand er eine kurze Weile da, bis um zwölf Uhr, von weithin rollenden Gurrufen umwogen, der Wagen des Königs nahte. Von einem Choral des Sängerkorps begrüßt, trat Wilhelm I. in das Halbrund gegenüber dem Altar. Er trug den Helm in der linken Hand, verbeugte sich gegen die Weislichkeit und ließ seinen Blick über die Versammlung gleiten, während er nachdenklich den weißen Säurhart strich. Hinter ihm ordneten sich die Fürsten, wobei die Hingelpanthe des offenen Halbrunds rechts der Kronprinz und links Bismarck einnahmen. „Bei Lob und Ehr dem höchsten Gut“, erklang es nun als Auftakt der Feier in einem von allen gesungenen Choralgesang, den die drei Musikkorps begleiteten. Nachdem der Kronprinz kommandiert hatte „Helm ab zum Gebet“, trug Hofprediger Rogge die Liturgie vor und knüpfte in seiner Predigt an die Worte des Kirchensiebes an, indem er Gottes wunderbare Fügung in den Geschicken Deutschlands aufwies. „Nun danket alle Gott!“ erklang es dann von allen Lippen. Der König wand während der ganzen kirchlichen Handlung in demütiger Andacht verunken und hob den Blick nicht vom Boden. Der Kronprinz und Bismarck

langen den Choral kräftig mit. Die Erscheinung beider hat der Berichterstatter der Times, Russell, geschildert: „Reich, aber fest auf den starken Beinen, stand während der kirchlichen Feier der Soldat-Minister, der sich von seinem Schmerzlager erhoben hatte, eine Hand auf den Degenknopf gelegt; zuweilen streifte sein Blick zum König. Aber fast ununterbrochen schaute er zum Kronprinzen hinüber, der, in edler, ungeschwungener Haltung, beide Hände im Arde seines senkrecht vor ihm hingestellten Schwertes ruhen ließ und kaum einen Blick auf den Kaiser wandte. Eher schien er mir in weite Gedanken verloren.“ Nach dem Segen des Geistlichen und dem dreifachen Amen des Chores schritt der König dann durch die zweite Hälfte des Saals vor die dort errichtete Stufenbühne, auf die alle anwesenden Fürsten treten mußten. Die Versammlung ordnete sich neu, so daß die Minister und höchsten Würdenträger unter Vorantritt Bismarcks im offenen Halbrund gegen die Stufen standen. Der König stellte sich, nachdem er noch die Träger der siegreichen zerstückten Fahnen näher an sich heran befohlen hatte, in die Mitte der Tribüne zwischen den Kronprinzen und den Großherzog von Baden und verlor mit lauter, fester Stimme seine Ansprache, worauf Bismarck, näher an die Stufen heranziehend, die Proklamation an das deutsche Volk verles. Einen Augenblick herrschte danach tiefe Stille. Dann verneigte sich der Großherzog von Baden gegen den Kaiser und bot um die Erlaubnis, sich an die Versammlung wenden zu dürfen. Sein freudig lauter, langvoller Ausruf: „Seine kaiserliche und königliche Majestät, Kaiser Wilhelm lebe hoch!“ entfiel die allgemeine Begeisterung. Ein einstimmiger Jubel durchbraute den Saal, und unter den Klängen von „Heil dir im Siegerkranz“ wurden die Helme hoch geschwenkt, die Fahnen schwenkten sich vor dem Herrscher, der in tiefer Bewegung dahinstand. Als erster brachte der Kronprinz dem Kaiser seine Huldigung dar. Aber als er vor dem Vater niederknien wollte, hob in dieser Empor und küßte ihn auf beide Wangen. Dann reichte er dem Gemahl seiner Tochter die Hand und ehrte ebenso die anderen Fürsten. In tiefer Nöhrung hatte die Versammlung dieser Begrüßung und Berührung zu-

im Boden sichtbar sind. Dem das Schicksal Reichthum beschied, der soll sich heute erinnern, daß ihm der Genius Bismarcks erst die Worte zum Schachhaus erschloß; wer im Noth des Beamtens oder im Arbeiterfittich die bescheidene Frucht seines Fleißes genießt, der mag sich dem dankbar erweisen, der uns in blutigen Kämpfen Einheit und Frieden brachte und der dafür sorgte, daß nicht mehr die Räte der Scham unsere Stirnen bedeckten, weil wir fremder Willkür gehorchten. Die Größe eines Volkes mißt sich auch an dem Maße der Dankbarkeit für seine großen Männer. Für die Größe nicht nur des Gelehrten, sondern auch für die Größe der Nation soll das Denkmal zeugen, das sich drüben am Rhein, hoch über den deutschen Nebengeländen, hoch über dem Dunst der nördlichen Eiserbahn, bereit erheben soll. Seinen höchsten und letzten Wert aber soll es nicht durch die Hand des Künstlers, sondern durch den willigen Eifer der Volksgemeinschaft erhalten, an dem Werke mitzuschaffen und in ihm zugleich das Gelübde zu verkörpern, in harter Zeit und in heißer Stunde sich der großen Taten und dessen würdig zu erzeigen, was sie im Leben vollbracht und was heute vor vier Jahrzehnten zur wundervollen Reife gedieh.

Aus alle, die in Treue feststehen zu unsem unvergessenen eisernen Kanzler und seinem herrlichen Werke, richten wir heute, am Geburtstag des Reiches, die herzlichste Bitte, eine kleine Spende zu den beträchtlichen Kosten für das Bismarck-Nationaldenkmal am Rheine beizutragen. Zwei Mark erbitten wir als „Geburtsstagsgabe“ zu dem Denkmalfonds, der von dem Großen Ausschuss gesammelt wird. Um den Spendern aber jegliche Portokosten zu ersparen, wird empfohlen, sich hierfür einseitlich der Zahlarten des Postfachamts zu bedienen, die kostenlos an den Posthalter in je 1 Exemplar verabsichtigt werden. Wir bitten, diese Zahlarten zu adressieren an die Zentralfameliestelle zur Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals und die Vorderseite unter Benützung des leistungsvoll gedruckten Textes folgendermaßen auszufüllen: „Zahlkarte auf 2 Mark — Pfennig (in Buchstaben) zur Geburtsstagsgabe zum Noth Nr. 493 der Firma S. W. Schirmer, Bankgeschäft, Berlin W 8, Behrensstraße 63, bei dem Postfachamt Berlin.“ Dieselbe Eintragung muß auf dem „Postzustellungschein“ (an der rechten Seite der Zahlkarte) vollzogen werden. Auf der Rückseite des linken Abschnittes dieser Zahlkarte bitten wir folgende Worte niederzuschreiben: „In dankbarer Erinnerung an die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches vor 40 Jahren bitte ich diesen Betrag für das Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück-Bingen.“ (Folgt Unterschrift und Angabe des Wohnortes.) Nähere Auskunft erteilen höflichst die betreffenden Schalterbeamten der Postanstalten. Für Weitergabe von Postfach-Konten empfiehlt sich die einfache Ueberweisung aus dem eigenen Postfachbuch an die genannte Zentralfameliestelle in Berlin. Wir sind überzeugt, daß sich an diesem Bismarckstage

nirgend einer Dankspflicht entziehen wird, durch deren Erfüllung ein Teil der bedeutenden Mittel für das Jahrhundertdenkmal ausgebracht werden soll.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Januar 1911.

Zur Reichstagsnachwahl in Immenstadt.

Die Liberalen sind, wie dem „Gannob. Cour.“ aus Rempen geschrieben wird, rüstig an der Arbeit. Schon heute erscheint ihr Wahlaufruf als erster von allen, und am kommenden Mittwoch wird ihr Kandidat Dr. Thoma mit einer großen Versammlung hier den Wahlkampf eröffnen. In dem Kurzus heißt es: Die Nachwahl ist von höchster, ja von entscheidender Bedeutung, und zwar nicht nur für unseren Wahlkreis, sondern wir dürfen wohl sagen für das ganze Reich, denn sie wird vorbildlich sein für die Hauptwahl, die unter dem Schlagwort geschlagen wird: Auf, ihr Liberalen, ohne Unterschied der Färbung, gegen den Schwarz-Blauen Hof, Reichthum. Nun dränge es auch die Palatine, dem Kaiser ihre Aufzählung darzubringen, den anderen voran ging Rostke. Es war keine böhrliche Diktiercour, sondern der tiefe Wunsch des Bergens trieb die Versammelten die Stufen empor, und der große Kaiser hatte für sie alle ein gültiges Wort. Als er endlich die Galerie verließ, empfing die Leibwache im Vorhof den Herrscher mit einem Kollerhurra, so kräftig, daß Prinz Karl versicherte, er habe in seinem Leben kein solches Hurra gehört, und von Saal zu Saal schallten sich die Jubelrufe fort bis auf den Hof und die Straßen von Versailles, während von der Spitze des Schloßes zum erstenmal die schwarz-weiß-rote Flagge wehte.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Sechstes Bachvereinskonzert in Heidelberg.

Der Abend brachte zum ehrenvollen Gedächtnis für den so rasch verchiedenen früheren ersten Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Meier, als Prolog die Arie aus Händels „Johanna“: „Soll ich auf Momre's Brautgesand“, mit Empfindung und gutem Ausdruck gesungen von Dr. R. Ligniez unter der geschickten anscheinenden Orgelbegleitung des Herrn Dr. Wolfram. Nach diesem Akt der Pietät, für einen verdienten Mitbegründer des Vereins, der sein Amt noch bis zu dem glänzend verlaufenen Jubelfeste inne hatte, gelangte das vorgezeichnete Programm zur Abwicklung. Ligniez's symphonische Dichtung „Orpheus“, ein Oymnus auf die Macht der Musik in gewaltigem Crescendo und Decrescendo, fand an erster Stelle.

Die ersten Anregungen zur Vertonung seines „Orpheus“ erhielt Ligniez, wie er selbst im Vorwort seines Werkes schreibt, bei den Proben zu Gluck's Oper „Orpheus“ im Hoftheater zu Weimar. Konnte er doch, während der Proben seine Phantasie nicht verhindern, von dem in seiner Einfachheit eingerahmten Standpunkt des großen Meisters zu abstrahieren, und sich jenen Orpheus zusammen, dessen Name so majestätisch und voll Harmonie über den

den Bund der Junfer und des Zentrums! Nun, wohl! Dieser Ruf gilt schon für die bevorstehende Nachwahl. Um was handelt es sich? Einfach darum, ob in Deutschland auch weiterhin Junfer und Zentrum miteinander die Herrschaft führen, oder ob das freibeitlich gesinnte Bürgertum aller Stände auch wieder Einfluß auf die Geschicke des Vaterlandes haben soll. In richtiger Erkenntnis ihrer Lage marichieren die Liberalen geschlossen gegen den gemeinsamen Feind. Im weiteren wird dann die Tätigkeit des Kandidaten Dr. Thoma als bayerischer Landtagsabgeordneter gewürdigt, und zum Schluß wird mit zureichlichen Worten der Hoffnung Ausdruck gegeben auf einen Sieg der freibeitlichen Sache, so daß wir nach der Wahlkacht in Anknüpfung an ein berühmtes Wort unseres unvergesslichen Dr. Volk rufen können: „Es ist wieder Frühling geworden im Allgäu!“

Der Modernisteneid im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses betrefis des Modernisteneides haben in den meisten Parlamentsberichten der Tageszeitungen eine nicht ganz zutreffende Wiedergabe gefunden. Als der Abg. Dr. Friedberg die Frage anschnitt, kam das Gelächter nicht von seiten des Zentrums, sondern von der der Konserverativen. Mit Recht knüpfte der Abg. Dr. Friedberg an dieses Lachen die folgenden scharfen Bemerkungen, die wir nach dem stenographischen Bericht wiedergeben:

„H. V., daß Sie auf der rechten darüber lächeln, ist eigentlich ein schlechtes Zeichen für Sie, das möchte ich Ihnen sagen. Viele Frage bezieht das geistige und kulturelle Leben unserer Nation ganz andererseits, und das hat mein verehrter Freund Everling im Reichstage durchaus zurecht ausgesprochen. Wenn ihm Herr Reich und ein Teil seiner politischen Freunde damit, daß sie für diese Dinge doch nicht das richtige Verständnis haben.“

Es ist in der Tat besänftigend, daß im Reichstage wie im Abgeordnetenhause die konservativen Partei nichts Besseres zu tun weiß, als die Männer, die auf die ersten Gefahren der heutigen vaterländischen Politik für unser deutsches Volk hinweisen, auszulachen. Es gehört dazu die ganze Verantwortung in das kirchlich-konservative Bündnis, von der der größte Teil der konservativen Partei heute beherbergt ist. Es gab eine Zeit, in der auch innerhalb dieser Partei die ultramontane Gefahr vollgewürdigt wurde. Damals war aber noch Graf Limburg-Sturum Führer der Konserverativen.

Was der preussische Kultusminister Herr v. Loos zu Solz am Samstag im Abgeordnetenhause bei der Etatsdebatte den nationalliberalen Abgeordneten Friedberg in Sachen des Modernisteneides geantwortet hat, war recht unklar. Es ließ einen gewissen Fatalismus erkennen und ein Genügen an der vorläufigen Tatsache, daß von den geistlichen Mitgliedern der katholischen Fakultäten der Eid nicht verlangt werde. Am zweiten Tage der Etatsdebatte hat der Kultusminister, angeregt durch die Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Blumer, seinen Standpunkt zwar immer noch mit der Vorsicht präzisiert, die auf dem heißen Grenzgebiet zwischen Staats- und Kirchengewalt beobachtet wird, aber er hat doch deutlicher gesprochen und erkennen lassen, daß er die Schwierigkeiten, die in Zukunft durch den Modernisteneid sowohl für die katholischen Fakultäten, wie für Geistliche im Staatsamt, also Lehrer und Schulinpektoren, entstehen können und gewiß entstehen werden, nicht verkennt und zum Schutze der durch den Modernisteneid bedrohten Beamten bereit ist. Die jetzigen Mitglieder der katholischen Fakultäten brauchen den Eid nicht zu leisten, während die aus den Kreisen der Geistlichen entnommen werden, werden ihn schon geleistet haben, und da taucht, wie der Minister sagte, die Frage auf, ob solche durch den Modernisteneid ihrer Mitglieder beschränkte katholische Fakultäten noch den Nutzen und das Interesse für den Staat haben werden, den ihnen dieser jetzt beizumisst, weil er die Erziehung der jungen Kleriker an der Universität für wünschenswerter hält als die in geistlichen Anstalten. Mit anderen Worten: der Minister hält es für zweifelhaft, ob der Staat dann noch ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Fakultäten haben wird. Er will die Entwicklung abwarten und vorläufig an den Fakultäten festhalten, damit die jungen Kleriker nicht ausschließlich in die geistlichen Seminare gedrungen werden. Der Moder-

Wachen der Griechen schwebt.“ Der mythische „Orpheus“ ist in dessen unsem Tonbildner nur symbolische Figur. Er identifiziert sie mit der Kunst selbst und preist in seiner Tonbildung die Allgewalt der Kunst und ihre veredelnde Kraft. Ödenerklänge verlegen uns in weitholte Stimmung. Nach den präuberierenden Klängen der Harfe erklingt Orpheus' Gesang. Er weigert sich, immer mächtiger anwachsend, zu großer Unmöglichkeit. Tief ergriffen lauscht die Menschheit. Der Song erhebt sie aus der Wirklichkeit in eine andere Welt, in ein Wunderreich des Klanges. Herr Generalmusikdirektor Dr. Wolfram brachte diese Musik, die nicht durch Kontrolle, sondern durch Innigkeit und poetischen Reichtum wirkt, zu prächtiger Wirkung.

Als Krollitäten erschienen zwei Gesänge für gemischten Chor und großes Orchester von Siegmund von Handegger, dem Dirigenten der Philharmonischen Konzerte in Hamburg. Die beiden Gesänge „Weibe der Nacht“ und „Sonnenanfang“ sind Philipp Wolfram in aufrichtiger Freundschaft gewidmet.“ Handegger hat das herrliche Poem Hebbel's sehr feinsinnig vertont, ebenso das G. Keller'sche Gedicht. Das instrumentale Vorspiel des ersten verlegt uns in das Dunkel der Nacht. Ueberhaupt ist der instrumentale Part sehr geschickt und mit feindiger Hand durchgeführt. Weniger glücklich erscheint der Chorpart. Abgesehen von der exponierten Führung der Stimmen (hohes C im Sopran), bietet der rasche Wechsel des Textes, der Tonart, die Teilung der Stimmen, Aufgaben, die selbst einem so ausgezeichneten Chor wie dem Bachverein Schwierigkeiten bereiten. Zudem lenkte Handegger, der seine Kompositionen selbst dirigiert, seine Aufmerksamkeit mehr der Führung des Orchesters zu, so daß im Chor einige Schwächen die Folge waren, die vielleicht unter Wolfram's Leitung, mit dessen Direktionsweise der Bachverein vertraut ist, zu vermeiden gewesen wären.

In der Schlussnummer, Schubert's großer E-dur-Symphonie führte Generalmusikdirektor Dr. Wolfram wie-

nisieneid wird auch nicht von dem geistlichen Stande angehörigen Staatsbeamten verlangt. Sollte das aber geschehen, wie es z. B. mit Bezug auf einen Oberlehrer in Oberlahnstein beantragt wird, so will der Staat, wie der Minister unter dem Beifall der Linken versicherte, seine Beamten schützen und sie vor Nachteilen bewahren, die ihnen aus der Verweigerung des Eides erwachsen können.

Reichstagswahlen 1911.

Aus dem 11. Reichstagswahlkreise Dittgen-Burgen-Grimma wird berichtet: In einer zu Dittgen abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der fortschrittlichen Volkspartei wurde beschlossen, mit der nationalliberalen Partei wegen eines Wahlbündnisses in Verbindung zu treten. Der von der Parteileitung vorgeschlagene Kandidat des Dr. Georg Zahn wurde zugestimmt.

Die niedererheinische Gruppe des Evangelischen Bundes nahm eine Resolution an, nach der sich der Bund für keine Partei feilt, aber vor jedem Bündnis mit dem Zentrum warnt und den Zusammenschluß aller Evangelischen unabhängig von den Parteien fordert.

Liberaler Arbeiterkandidaturen.

Eine Versammlung des „Liberalen Arbeitervereins“ in Leipzig beschloß nach einem Vortrage des Verbandssekretärs Erkens, aus Berlin, den Zentralvorstand der fortschrittlichen Volkspartei, wie den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei zu erlösen, dahin zu wirken, daß in günstigen Wahlkreisen liberale Arbeiterkandidaten aufgestellt werden. Der Vortragende setzte in seiner Rede die Schwierigkeiten der Sache sehr richtig auseinander, meinte aber, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen da und dort mit Kandidaturen aus der nationalgeleiteten liberalen Arbeiterkandidatur Erfolg erzielt werden könnten. Er verwies auf das Vorgehen der nationalliberalen Partei in Duisburg-Mülheim bei der letzten Reichstagswahl, das zwar den Sieg des Sozialdemokraten in der Stichwahl nicht habe hindern können, aber doch gezeigt habe, daß mit einer Arbeiterkandidatur etwas auszurichten sei. Der Arbeiterkandidat, Herr Jung, erhielt in der Hauptwahl 32 024 Stimmen; an 3000 Stimmen mehr als der Sozialdemokrat. Hätte sich das Zentrum nicht in der Stichwahl zum großen Teile auf die Seite des Sozialdemokraten geschlagen, so hätte der nationalliberale Arbeiterkandidat sitzen müssen. Sein Erfolg war um so beachtenswerter, als er wegen schwerer Erkrankung nur einmal vor die Wähler getreten war.

Die nationalliberale Partei hat nicht nur in diesem einzelnen Fall die Zweckmäßigkeit einer Arbeiterkandidatur anerkannt. Auch in Sachen war sie damals wie später bei den Landtagswahlen um die Aufstellung von Arbeitern bemüht. Die Generalsekretär Dr. Westenberger in der Versammlung ausführte, war es jedoch sehr schwierig, Arbeiterkandidaten zu finden, die infandere gewesen wären, über den Kreis ihrer nächsten Anhänger hinaus auf die liberalen sehr verschiedenartig zusammengesetzte Wählerkaste zu wirken. Die bürgerlichen Wähler sind wenig geneigt, sich wie die sozialdemokratischen Arbeiter einer Parteikandidatur zu fügen, nur weil sie Parteikandidatur ist, und sie wählen keinen Arbeiter, nur weil es ein Arbeiter ist; er muß als befähigter Mann ihr Vertrauen gewinnen. Die nationalliberale Partei wird unter dieser Voraussetzung der nationalen Arbeiterkandidat bei der Aufstellung der Kandidaturen entgegenkommen; sie wird namentlich den Wahlkreisorganisationen, die nach den örtlichen Verhältnissen mit einer überwiegend starken Arbeiterkaste zu rechnen haben, empfehlen, nach zuverlässigen Männern Umschau zu halten, die selbst im Arbeiterleben stehen oder doch infolge ihrer Stellung und ihrer Gesinnung auf das besondere Vertrauen der Arbeiter Anspruch haben.

Deutschtum im Ausland.

Wann wird der Gesandtschaft über die Staatsangehörigkeit veröffentlicht? In zahllosen Vereinsbeschlüssen der größten vaterländischen Verbände ist der oft verprochene Gesandtschaft über die Neuregelung der Reichs- und Staatsangehörigkeit als ansehnlich wichtig und dringend gefordert, vom Reichskanzler ebenso oft als notwendig anerkannt, aber stets als ganz besonders schwierig und deshalb so langer Vorbereitung bedürftig bezeich-

net der das musikalische Gedicht. Die E-dur-Symphonie ist in den Konzerten des Bachvereins in den letzten Jahren des Vortrages zur Wiedergabe gekommen, so daß es sich erübrigt, auf eine detaillierte Beschreibung des Werkes einzugehen. Ist doch zur Genüge bekannt, daß dieses herrliche Werk, das an Reichtum der Färbung, an Fülle der Gedanken und Schönheit des Klangfortschritts sich würdig den Beethoven'schen symphonischen Werken anreicht, längere Zeit völlig verschollen war, bis Schumann es gelegentlich eines Besuchs in Wien „kreuzbeschaunend“ entdeckte und seine Erhaltung unter Mendelssohn's Leitung am 22. März 1840 mit warmen Worten empfahl. Schubert selbst war es nicht vergönnt, auch nur einen Ton seines mit ganzer Seele geschaffenen Werkes zu hören. In der Wiedergabe fand das herrliche, durch seine scharf pointierte, flüssig gefärbte Rhythmik gekennzeichnete Andante obenan. Im Scherzo, das im Kanon der Bienen und Celli seinen Höhepunkt erreicht, reagiert das diesmal durch Mitglieder der Badener Kapelle verstärkte Orchester nicht immer präzis genug auf Wolfram's befeuernde, umsichtige Leitung, und im Finale überhört man einige Male die Blechbläser (Trompeten) das Maß des langsam Schönen. — Das 7. Konzert am 30. Januar bringt Werke von Hector Berlioz.

Der Viederkranz G. R. veranstaltet am Samstag, den 25. Januar ds. Jz. im Rausgarten des Rosengarten sein zweites Konzert. Er hat dafür zur Mitwirkung des Mannheimer Hoftheaterorchesters und Solisten von hervorragender Bedeutung verpflichtet. In der Person von Fräulein Agnes Borgo, Mitglied der großen Oper zu Berlin, ist eine künstlerische Kraft ersten Ranges gewonnen. Der Dank geht ein glänzender Ruf voraus. Große Stimmmittel und vollkommene Gesangskraft sollen sich bei ihr mit einer blendenden Erhabenheit auf's Glücklichste verbinden. Der soeben von einer überaus erfolgreichen, amerikanischen Tournee zurückgekehrte, bedeutende

Kriegertag wird in diesem Jahre in Leipzig abgehalten. Nachdem der 2. Vorsitzende, Herr Bürgermeister Lehmann-Debes, in begeisterten Worten noch des obersten Kriegsherrn gedacht, wurde die Versammlung nach dreistündiger Tagung geschlossen. Der London. Bezirksverein hatte gestern die Tagesbesitzer des Bezirks zwecks Gründung von Siegenzuchtgenossenschaften zu einer Versammlung in den "Schwarzen Adler" hier eingeladen. Die Versammlung, die Herr Geh. Regierungsrat Steiner leitete, stimmte besten Vorschlägen zu und nahm die vorgeschlagene Satzung einstimmig an. Nach der Satzung organisieren sich die Genossenschaften gemeindefeindlich neben den Jägervereinigungen und wählen ihre eigenen Vorstände. Diesen schließen sich auch die an den betreffenden Orten wohnenden Direktionsmitglieder des London. Bezirksvereins an. Außer den Jägervereinigungen sollen auch die Gemeindefeindlichen Genossenschaftsmitglieder werden. Technischer Leiter ist der Bezirksförster. Die Kommission, welche aus einem Vorsitzenden und zwei Sachverständigen gebildet wird, steht unter Oberaufsicht des Bezirksförsters und des Justizinspektors. Die Siegenzuchtgenossenschaften werden später nach der Vollendung der Organisation in einen Verband für die Kreis Rannheim mitzuziehen. Das amtliche Ergebnis der Volkszählung in diesem Stadt ist folgendes: Wohnhäuser und sonstige bewohnte Gebäude 1882 (1905: 1421.) Haushaltungen 2087 (2781), anwesende Personen: männliche 7140 (6220), weibliche 7010 (6340), zusammen 14150 (12560).

Kriegerleistungen (K. Karlsruhe), 16. Jan. Bei der Andenkenfeier der Veteranenbeihilfen im Betrage von je 10 Mk. (Witwen 5 Mk.) wird auch ein französischer Kämpfer von 1870/71 beachtet werden. Er hatte auf französischer Seite gegen die Deutschen gekämpft und wurde bei der Schlacht auf den Spitzer Höhen gefangen genommen und nach Deutschland gebracht. Hier verheiratete er sich und ist schon seit Jahren in Kriegerleistungen anständig.

Karlsruhe, 16. Jan. Die Straßenbahner hielten am Samstag zwei Versammlungen ab, zwecks Besprechung des neuen Straßenbahndienstplanes. Das Personal erwartet, wie eine einstimmig angenommene Resolution besagt, Kürzung der durchschnittlichen täglichen Dienstreise auf 9 Stunden, Einlegung der Mittagspausen auf 11 bis 2 Uhr und bessere Einteilung des Heftaus.

Karlsruhe, 16. Jan. Montag morgen ereignete sich in der Fabrik Haid u. Neu dadurch ein Unfall, daß sich 1 Person durch eine Explosion schwere Brandwunden in Gesicht und Händen zuzog. Die Verunglückten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Sportliche Rundschau.

Amst.

Das finanzielle Ergebnis der Trier-Meyer Flugwoche. Nachdem die Abrechnung über die Trier-Meyer Flugwoche fertiggestellt ist, wurde den Zeichnern des Garantiefonds eröffnet, daß sie mit 30 Prozent ihrer Zeichnung herangezogen werden. Das ist weniger, als von den Betreffenden angenommen worden ist. Insgesamt waren 10000 Mark gezeichnet worden. Die Einzelbeträge der 40 Zeichner schwanken zwischen 25 und 500 Mark, so daß Beträge zwischen 750 Mark und 150 Mark zu leisten sind.

Kaiserslautern.

Das Verbot der Fußballspiele an hohen Feiertagen. Das Groß. Ministerium des Innern weist, wie mitgeteilt, darauf hin, daß Fußballspiele als Schauveranstaltungen anzusehen sind und infolgedessen an hohen Feiertagen verboten sind. Es handelt sich, wie nachträglich mitgeteilt sei, um den Christtag, Palmsonntag und die übrigen Tage der Karwoche, Oster- und Pfingstsonntag, Fronleichnamstag und Pfingst- und Freitag.

Bierdegenen.

Die ordentliche Generalversammlung des Pfälzischen Bienenvereins fand am Sonntag in H. o. h. l. o. d. unter Leitung seines Präsidenten, Nummernrates Edel-Debesheim, statt. Wie aus dem Jahresbericht hervorgeht, steht der Verein heute im 25. Jahre seines Bestehens. Deshalb sollen dieses Jahr die Rechnungsarbeiten erhöht und eine Zeitschrift herausgegeben werden. Der Gesamtumsatz von 1904/05 M. steht eine Gesamtausgabe von 15475.14 Mark gegenüber. Die Bilanz weist an Einnahmen und Ausgaben 6542.53 M. auf. Der Rechner, Hauptlehrer Wittmann, wurde entlassen. Für künftige Zeiten soll event. mit einem Halbblutverein getrieben werden. Die Versammlung legt fest, daß der Verein für Unfälle im Zuschauertraum jede Haftung ablehnt. Anstelle des verstorbenen Hoteliers Schneider-Kaiser-Mantzen wurde Kommerzienrat Welle n. i. e. l. - Speyer gewählt. Es sollen neuer 20000 Lose veranlaßt werden.

Winterport.

Schwere Kodelunfälle. Auf der gegen das Remetal hin ziemlich steil abfallenden Kodelunbahn beim Schlinger Jägerhaus sind am Sonntag einige schwere Unglücksfälle vorgekommen. Ein Fräulein von hier brach den Oberkörper und ein lediger Herr aus Untertürkheim wurde in voller Fahrt über den Bahndamm hinausgeschleudert und so unglücklich an einen Baum geworfen, daß er einen Schädelbruch erlitt und im Sanitätswagen tot in das hiesige Krankenhaus gebracht wurde.

Der St.-Kurs des St.-Club Rannheim-Ludwigshafen findet bei günstigem Wetter am 27., 28. und 29. Januar am Kurhaus in H. o. h. l. o. d. im nördlichen Schwarzwald statt. Die Übungen beginnen am 27. Januar um 9 1/2 Uhr vormittags, an den übrigen Tagen um 8 1/2 Uhr. Für diejenigen Damen und Herren, die bereits Donnerstag nachmittag von hier abkömmlisch sind, empfiehlt sich die Benutzung des 5 Uhr 27 hier abgehenden Zuges. Die erste Freitag abkömmlischen Teilnehmer wollen den 4 Uhr 10 morgens hier abgehenden Zug benutzen, da sonst die Teilnahme an den Vormittagsübungen fraglich ist. Die Anwartschaft liegt in den Händen eines sehr bekannten Korrespondenten, des Herrn Andrius H. u. e. r. Für event. Unfälle wird keine Haftung übernommen. Der

ihnen Schönheiten, an denen das Bild nicht arm ist, vermögen nicht, die fehlenden Lebensbedingungen zu ersetzen. Als ein Geliebter zieht Weiler Gerhard in dem Stille von Lannet. Auch Wilhelm von Scholz hat durch sein Trauma, gefährlichen Bereich vor acht Jahren, neue Bekanntschaft gewonnen. Ten Beweis gibt er in seinen späteren, erfolgreichen Taten.

Seine Mitteilungen. Professor Wilhelm Herzog, der Leiter der Weingerber Schule und bekannte Vorkämpfer, ist an den Folgen einer schweren Magenoperation in Tena geblieben. Berger war der Nachfolger Weilers. Er war 1861 geboren und seit 1900 Leiter der Weingerber Schule. Er war Mitglied der Akademie in Berlin. In Karlsruhe war am Sonntag das vor einigen Tagen von Weiler beschriebene Gemälde von H. o. h. l. o. d. die Akademie dem Publikum wieder zugänglich. Eine neue Witterungsänderung brachte durch die Hitze des Hitzes. Man freute sich, auch mit dem geliebten Hitzes. Keine Spur von den drei Schwestern einbringen zu können. Die Bekanntschaft des Gemäldes ist andauernd gelungen.

Antragsbeitrag betr. für Mitglieder des St.-Club M. S., für Nichtmitglieder M. 12.—. Die bindenden Anmeldungen sind spätestens bis 21. Januar an Herrn Rechtsanwalt Freund, C. 2. 10. einzuliefern.

Gerichtszeitung.

Bewertung enteigneten Areals.

Leipzig, 16. Jan. Die Stadtgemeinde Konheim bedarf bei Erbauung ihres neuen Industriezweigs mehrere Grundstücke, die an der Ostseite der Freienheimer Insel gelegen und mit dem Mannheimer Gebiete durch eine enge Brücke verbunden waren. Der freihändige Verkauf der Grundstücke schreitet, wie gewöhnlich in derartigen Fällen daran, daß von den Besitzern sehr hohe Preise gefordert wurden. Der Verwalter des Konfuzies des Siegelbesizers Müller selbst hatte sich bereit erklärt, mehrere Grundstücke an die Stadt unter Vorbehalt einer gerichtlichen feststehenden Entschädigung abzutreten, weigerte sich aber, die in dem eingeleiteten Enteignungsverfahren von der Stadt angebotenen 30300 M. anzunehmen, da die Grundstücke, die zu industriellen Anlagen ausgenutzt werden könnten, den viel höheren Wert von 182235 M. repräsentierten. Die Stadtgemeinde dagegen behauptete, die Grundstücke lägen wohl an Wasser, aber an keinem Ufer, das Schiffsverkehr gestatte. Das Land sei darum kein Industrieareal und sein Wert vielmehr nur nach seiner landwirtschaftlichen Bedeutung zu bemessen. Der Preis von 30 Pfg. für das Quadratmeter sei deshalb gerecht und der vom Konfuzieverwalter geforderte Preis von M. 120 viel zu hoch. Das Landgericht Mannheim war den Gutachten von 5 Sachverständigen gefolgt und hatte dem Enteigneten unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 90 Pfg. für das höher gelegene und von 75 Pfg. für das tiefer gelegene Land eine Entschädigung von 4420250 M. zugesprochen. Da der Streit nach dem alten bürgerlichen Enteignungsverfahren zu entscheiden war, das eine Revision und Revision gegen die Entscheidung der Enteignung zuläßt, hatte sich auch das Oberlandesgericht Karlsruhe zu äußern. Dasselbe erhebt neue Beweise über den Wert der enteigneten industriellen Grundstücke und hörte insbesondere auch das Gutachten eines Siegelbesizers, nach dem der Wert des Landes infolge seines Gehaltes an Kieselgerölle den Wert als rein landwirtschaftlicher Boden um vieles übersteige. Das Verwaltungsgericht hatte dann aus allen Gutachten den Durchschnitt gezogen und den Preis auf M. 88018,30 berechnet. Dabei hatte das Gericht auch das Gutachten eines Sachverständigen in Rechnung gezogen, der das Land teilweise als Industrieareal bezeichnet hatte. Die Revision der Stadtgemeinde vor dem Reichsgericht beämpfte einmal die Auffassung des Verwaltungsgerichts, zwecks billiger Preisermäßigung aus allen Gutachten den Durchschnitt ziehen zu dürfen, vielmehr habe das Gericht die Gutachten einzeln nach ihrem inneren Gehalte prüfen müssen. Jedenfalls sei das Gutachten den Tatsachen widersprechend, das den enteigneten Grundstücken den teilweise Charakter von Industriearealen zugesprochen habe. Industrieareale könne nur solches Land sein, das als bald zur industriellen Ausnutzung durch Betriebe verwertet werden könne, nicht aber solcher Boden, der lediglich das Vorland zu industriellen Betrieben bilde. Auf dem am Rhein liegenden Gelände seien aber noch nicht einmal Straßen, viel weniger sonstige bauliche Anlagen vorhanden, die die „alsbaldige“ Ausnutzung zu industriellen Betrieben gestatteten. Das Reichsgericht wies jedoch die von der Stadtgemeinde eingelegte Revision zurück und bestätigte damit die Höhe der zu zahlenden Enteignungssumme. (A. Z. VII. 521/10) (M. v. 12. 1. 11.) (Nachdruck verboten.)

Bürgerauschussitzung

am 17. Januar.

Oberbürgermeister Martin eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 90 Mitgliedern mit folgendem feststehenden **Wahrs!**

auf den Mitglied verordneten Kommerzienrat Dr. Engelhorn keine Verren! Unrechtmäßig graname Erbe hat der Tod in unsern Reihen! Auch heute wieder fällt mit der traurigen Aufgabe zu, einem beizugegangenen Mitglied meines Kollegiums ein letztes Wort ehrenden Gedächtnisses und Dankes nachzusagen: — Kommerzienrat Dr. Dr. Engelhorn ist am 2. Wochen mitten am arbeitsreichsten Leben, mitten am wohligen Blüten und Hoffungen brach, ist in dem Augenblick, da er im Genick seiner hervorragenden Sanktionkraft zu liegen schien, nach kurzem Krankenlager durch den Tod entlassen worden.

Zeitgenossen seine Vermögensgegenstände in ihm aus dem Hinterlassenen einen der letzten und unentwegten Bekämpfer für ihre Ziele, einen Vertreter ihrer Interessen von feiner Energie und Konsequenz, der in all den zahlreichen Kommissen und Stellen, in die er durch Verdienste und eigenes Verdienst gelangte, während und auf erfolgreichster Tätigkeit seine Heberzeugung vertrat. — Beflagte die Besonnenheit und Arbeitsfähigkeit des geschäftigen Industriellen Wertes, das er zum Ruhme unserer Stadt durch Intelligenz, unerschöpfende Kenntnisse und unermüdeten Fleiß zu Hause und Weltweit führte, in ihm den unerschöpflichen Vertreter seiner Geschilde, den wir es zu hoch an der Bahre dürfen, als seiner Gerechtigkeit und wohlwollenden Herzenshaftigkeit allgemein hochverehrten Gutes — beweisen die, die ihm persönlich nahe und am nächsten standen, in seinem Tod den unerschöpflichen Verlust des treuen Freundes und offenen, ehelichen Oberhauptes, des liebevoll beherzten Familienvaters mit weiserverwahrten geistigen Interessen. — so verliert die Stadt Mannheim in dem zu früh Beschiedenen vor allem einen der markantesten Vertreter der heimischen Industrie, deren Wachstum und Gedeihen so mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verknüpft ist, deren Wünsche und Bedürfnisse in ihren Bemühungen lebendig gehend gemacht und begründet zu haben ihr also naturgemäß von überhöhtem Werte sein muß! Er verliert in Dr. Engelhorn aber außerdem eine überaus wertvolle Arbeitskraft, einen langjährigen, energiegelassen Mitarbeiter auf mannigfachen Gebieten des öffentlichen Lebens: Neben 8 Jahre war er Mitglied des Bürgerauschusses, — dem Kuratorium der Handelsschule, in dem er heim mit großem Nachdruck für möglichst gründliche Berufs- und Allgemeinbildung des Kaufmanns- und Industriellen stand, hat er seit seinem Eintritt angehört, und gibt er auch nicht allmählich in die Debatte ein Wort an er es ist, in dem sein Wort etwas bei Anwesenden, wie der Wegener: Meistlich in es das höchste Übergewicht für ihn, das gerade auch die Partei, mit der er in existenzieller und übergeordneter Nähe steht, zum, beim Tode dieses Mannes anerkannte, er sei für die Stadt ein ehrenvoller, ehelicher Begleiter, ein Mann mit Grundwissen und Prinzipien gewiesen, der nie die vornehme Form des Pamphlet verlegt und sich auch bei scharfer Gegenwehr leibergütig bemüht habe, niemandem o. e. i. d. l. i. g. zu nahe zu treten. Dr. Engelhorn war ein aufrichter, moderner Mann, voll Mut und Heberzeugung. Tag er auch ein Herz für die Armen und Kleinen, daß, hat er gerade der Stadt gegenüber, er vertragen durch eine reiche Anwendung an die Wohlthätigkeit bewiesen, die den Namen seiner Eltern trägt. Mannheimer Handel und Industrie hat einen schweren Verlust erlitten durch dieses Mannes Tod: die Stadtverwaltung

wird seiner Heils in Etern gedanken. Ich zum Besonderen erlaube ich Sie, sich von Ihren Sigen zu erheben. (Beifall.)

Diebstahlverhältnisse des Verbandes des Städtischen Feuerwehrgesamts. Der einmütige Bescheid vom 1. Oktober 1905 ab mit 2000 M. beginnt und sich alle zwei Jahre um je 500 M. bis zum Höchstbetrage von 2500 M. erhöhen. Der jährliche Durchschnittsbetrag beträgt 2000 M.

St.-S. S. 12 beantragt namens des Stadtverordnetenverbandes die Bewilligung der Vorlage an eine gemischte Kommission. Oberbürgermeister Martin erklärt, daß der Stadtrat mit dem Austrage des Stadtverordnetenverbandes einverstanden sei.

St.-S. S. 12 schlägt für die Kommission 4 Mitglieder des Stadtverordnetenverbandes vor.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag des Stadtverordnetenverbandes, die Vorlage an eine gemischte Kommission von 5 Stadtverordneten und 1 Stadträte anzuschreiben, einstimmig angenommen.

Vergleichsvereinbarung. Angefordert werden 77 600 M. behufs Zahlung der Kaufpreise von 17 erworbenen Liegenschaften auf ehemaliger Gewerkschafts Grundbesitz und Areal.

St.-S. S. 12 begründet die Einbringung der Vorlage hinsichtlich der Begleichung von ca. 700 M. pro Omit. für einen Gehalt, der die Begleichung eines Omit. von 3000 M. jährlich enthält.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Bewertung von Gelände an der Langstraße.

Es handelt sich um etwa 32 Omit. an der Ecke der Langstraße und Langstraße, die von Baumeister Franz Jünger zum Preise von 1700 M. pro Omit. erworben werden sollen. Zu diesem Zweck werden 1700 M. angefordert.

Nach kurzer Einbringung durch St.-S. S. 12 einstimmig angenommen.

Erwerbung des Hauses U 3, 32.

Zu bewilligen sind 118 000 M.

St.-S. S. 12 meint bei Begründung der Vorlage, daß es nicht angängig, von einer Rentabilität des Hauses zu sprechen. Der Zeitpunkt werde ebenfalls bald kommen, wo das Haus abgerissen werden muß. Die Stadt befinde sich aber in einer gewissen Zwangslage. Bei Ablehnung der Vorlage bestehe die Gefahr, daß das Grundstück man für das ungenutzte Terrain im Auge hat, in die Länge gezogen werde. Der Stadtverordnetenverband glaube, daß man eine große Verantwortung nicht übernehmen dürfe. Jedenfalls ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Stadt später für das erforderliche Gelände in der Schwere befindlichen Projekte mehr bezahlen muß, als jetzt für das Haus. Aus all diesen Gründen empfiehlt er die Annahme der Vorlage.

St.-S. S. 12 glaubt nicht, daß die Stadt das Gelände unbedingt braucht. Das Grundstück könne gerade in dem Bereich werden, ohne dieses Grundstück. Oberbürgermeister Martin: Das steht in der Vorlage. Ich bitte das an, was nicht in der Vorlage steht. Ich bin anderer Ansicht. Ich sehe das Gelände. Wie es sich um die Amerikanerfrage handelt, war man sehr fleißig. Um 10000 M. hat man monatlang herumgehandelt, um das Grundstück zum Durchgang zu bringen. Rechner gibt an, daß die Kosten der Aufwendungen die Erhaltung ab, daß sein Aktien trotz des hohen Kaufpreises für die Vorlage stünde.

Oberbürgermeister Martin tritt den Ausführungen des Berichters über die Amerikanerfrage entgegen und wörtet dann aus, daß es ja in der Vorlage steht, daß das Haus, das zum Kauf angekauft sei, nicht unangänglich notwendig ist zur Durchführung des Projekts. Man kann das Grundstücksumwandlung als eine viele bauen. Der Grund, weshalb wir den Kauf des Hauses vorziehen, liegt in der Vorlage und weil wir uns sagen, wenn später eine Erweiterung des Grundstücksumwandes eintritt, so könnte es kommen, daß wir für diesen Platz einen bedeutend höheren Betrag bezahlen müßten. Wir haben geglaubt, daß das Haus jetzt zu dem zwar sehr hohen aber nicht unerwünschten Preis zu kaufen. Wenn Sie die Vorlage ablehnen, so wird dadurch der Kauf des Grundstücksumwandes nicht verhindert. Aber wenn es später notwendig werden sollte, das Haus zu kaufen, dann dürfte wohl eine ziemlich höhere Summe dafür bezahlt werden müssen.

St.-S. S. 12 ist der Ansicht, daß das Haus viel zu teuer ist. Das Grundstück müsse er zuzulassen, daß man bei der Amerikanerfrage fleißig vorgegangen sei. Wenn man jetzt ein Grundstück kauft, wird es doch so groß, daß es auf Jahrzehnte hinaus nicht veräußert zu werden braucht. Sollte dies notwendig werden, dann dürfte man jedenfalls ein gewisses Grundstück erwerben. Ich meine auch, wir sollten die Vorlage ablehnen.

Oberbürgermeister Martin ist anderer Ansicht, da man nicht wissen könne, welche Bedürfnisse durch den praktischen Betrieb eines Grundstücksumwandes hervorgerufen, die man gerne befriedigen möchte. **St.-S. S. 12** Herr Oberbürgermeister Martin hat ausgeführt, daß der Bürgerauschuss hinsichtlich des Grundstücksumwandes erörtert hat, daß dieser Platz für das Grundstücksumwandlung geeignet ist. Dem wird ich widersprechen. In weiten Kreisen der Bürgerchaft ist man anderer Meinung darüber. Da wird gesagt: Wenn dieser Platz genommen wird, dann wollen wir lieber auf die Grundstücksumwandlung. Ich für meinen Teil möchte dem durchaus widersprechen, daß wir uns nicht einverstanden erklären haben, daß hier das Grundstücksumwandlung einmündet.

Oberbürgermeister Martin: Es wird sich Gelegenheit finden, auf das Grundstücksumwandlung zum zurückzukommen.

Da niemand mehr das Wort verlangt, so wird über die Vorlage abgestimmt und die Vorlage mit großer Majorität angenommen.

Erwerbung der Wohnhäuser.

Aus Mitteln des Bauvereins sollen mit einem Kaufantritt von ca. 500 A zu den vorgeschriebenen 50 Zählerabwerten noch 15 weitere treten, zusammen 84 Zählerabwerte, errichtet werden.

St.-S. S. 12 e. m. n. begründet die Vorlage und empfiehlt für zur Annahme.

St.-S. S. 12 hat gegen die Vorlage nichts einzuwenden, sondern möchte sich erlauben, es nicht auf dem Hindernis einer wirtschaftlichen Eingetragten werden könne. Die Bewohner von Rindheim müßten ihre Kinder zu weit in die Schule schicken.

St.-S. S. 12 Stadträte Dr. S. 12 begründet dem Vorbericht, daß dies vorerst nicht möglich ist. Es werde vielleicht später ein Teil kommen, aber vorläufig seien zu wenig Schüler aus dem Bahnhof für die Errichtung einer solchen Klasse. Es ist derselbe Grund, warum auch dem Jungschüler keine solche Klasse eingerichtet werden konnte. Es geht nicht gut, daß die Stadt Rindheim für 20-25 Schüler errichtet.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Übernahme der Mischstraße im Stadtteil Waldhof.

In: Überleitung der Straße werden 22 470 A angefordert. **St.-S. S. 12** begründet die Vorlage und bemerkt, daß die Überleitung der Straße sich als notwendig erweisen dürfe. Der Grundbesitzer gegen die Straße sei von den Angrenzern nicht gewahrt worden. Der Stadtverordnetenverband empfehle die Vorlage zur Annahme.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Betriebsvertrag für den Eisenbahnbetrieb im Industriegebiet.

St.-S. S. 12 weist bei Begründung der Vorlage auf die Nachteile hin, die bei Abschluß des neuen Betriebsvertrages für den Industriebetrieb bestanden. Es müßte unter allen Umständen ein Vergleich zustande kommen. Beide Teile haben nachgegeben. Die Stadt hat außerdem in der Tariffrage Entgegenkommen gefunden. Angesichts der ganzen Sachlage empfiehlt er die Annahme der Vorlage.

St.-S. S. 12: Der Vorredner hat ausgeführt, daß auf beiden Seiten nachgegeben worden sei. Es ist ohne Weiteres zuzugeben, daß die Stadtverwaltung sich in einer schwierigen Situation befand. Aber wenn das auch zugegeben wird, so wäre doch anzunehmen gewesen, daß man seitens der Stadtverwaltung alle diejenigen Mittel in Anspruch genommen hätte, die ihr zu Gebote standen, um die eigene Position zu stärken. Das scheint mir nicht

in seinen Urteilen gefaßt zu sein. Insbesondere bemerke ich die Jaanpruchnahme der Hilfe der Landtagsabgeordneten. Sie wissen, daß von hier nicht weniger als acht Abgeordnete in Karlsruhe sitzen, Abgeordnete, von denen zum Teil führende Elemente ihrer Partei sind, deren Unterstützung zweifellos die Position der Subalternen gestärkt hätte. Von diesen acht Abgeordneten ist die Hälfte in der Budgetkommission, in der Behörde, in der derartige Spezialfragen zum großen Teil in sehr ausführlicher Weise behandelt werden. Wenn diese Abgeordneten in Anspruch genommen worden wären, dann hätte meines Erachtens die Generaldirektion eingesehen, daß sie gegenüber einer Stadtwirtschaft, die für die Finanzen des badischen Staates so ungebührlich viel bedeutet, etwas mehr Entgegenkommen zeigen mußte. Die Drohung der Einstellung des Betriebes im Industriebezirk durch die Generaldirektion ist eine Aktion, für die uns jedes Verhängnis steht. Eine derartige Drohung ist eine böllige Verkennung der Pflichten, die einer Staatsbehörde obliegen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, diese Drohung wahr zu machen. Wenn es gemacht worden wäre, dann hätte sich die Stadt Mannheim verschert halten können, daß es eine politische Aktion gegeben hätte, bei der alle rechtlich Denkenden in Karlsruhe auf ihrer Seite gestanden hätten.

Ich bin der festen Ueberzeugung, in Karlsruhe wäre etwas derartiges vollständig unmöglich. (Sehr richtig.) Wir hätten die ganze badische Bevölkerung auf unserer Seite gehabt, wenn die Stadt etwas mehr darauf gedrungen hätte, daß mit der Drohung Ernst gemacht werde. Nebenher hebt auf einen Artikel der „Reichs-Ztg.“ ab, nach dem der Straßburger Hofen durch die Reichsbahnbahnen weit mehr begünstigt wird, als Mannheim durch den badischen Staat. Es handle sich hier nicht um eine Mannheimer Lokalangelegenheit, sondern um eine Frage von großer Bedeutung. Deshalb hätte sich die Stadt Mannheim mit den Mannheimer Abgeordneten ins Benehmen setzen müssen.

(Schluß folgt.)

Im weiteren Verlauf der Besprechung über die Vorlage erteilt Oberbürgermeister Martin an Hand eines eingehenden statistischen Materials auf den bedeutenden Aufschwung unseres Industriebezirks. In der weiteren Debatte beteiligen sich Stv. Mayer-Dinkel, Stv. Ged. Stv. B. Gieseler und Stv. Süßkind.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Ablösung des Alimendgenusses der Pfarren in Heidenheim.

Der Bürgerausschuß wird ersucht, die Ablösung des Alimendgenusses der beiden Heidenheimer Pfarren gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von M. 3633 bzw. M. 3383 zu genehmigen und zur Entnahme des Betrages von zusammen M. 7016 aus Grundwärmitteln seine Zustimmung zu erteilen.

Stv. B. Gieseler begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme, da es im Interesse der Stadt sei, wenn die Ablösung des Alimendgenusses erfolgt.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Errichtung von Annahmestellen für Sparanlagen durch die städtische Sparkasse Mannheim.

Der Bürgerausschuß wird ersucht gemäß § 24 Ziffer 2 der Satzungen der städtischen Sparkasse die Zustimmung zur Ernennung des Friedrich Hofmann zum Inhaber der Annahmestellen Mannheim-Näferhof zu erteilen.

Stv. B. W. Pfeiffle begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. B. Pfeiffle führt ferner an, daß der selbsterwählte Inhaber der Annahmestellen für Sparanlagen im Stadtteil Näferhof, Wäldermeister Gottlieb Walter, das Amt nicht mehr weiterführen könne. Herr Walter habe sich die größte Mühe gegeben. Er glaube nicht, daß ein anderer Herr sich größere Mühe geben könne. Wenn sich die Sache nicht mehr rentiere, soll man die Stelle zurückgeben. Der selbsterwählte Inhaber des Amtes, Herr Walter, wäre gerne bereit, diesen Posten weiter zu bekleiden.

Der Bürgerausschuß wird hierauf einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 6 Uhr nachmittags.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Eine schicksalige Familie in den Tod.

Sanktfeld, 16. Jan. Eine schicksalige Familientragödie hat sich wie schon kurz gemeldet, hier abgespielt. Von Ernst war der trühere Schlossermeister Heinrich John mit seiner Frau und seinen vier Knaben Anfang Dezember zugewandert. Die Eheleute hatten hier eine Kumpflöhlerlei aufgemacht und das Geschäft liefen ganz gut zu. Sie hatten aber noch Verpflichtungen von Ernst her zu erfüllen. John mußte daher mehrere Male den Offenbarungseid leisten, und seine Möbel trugen bereits das Siegel des Versteigerungsbesizers. Diese Umstände mögen John und seine Frau wohl zu dem schrecklichen Auswege getrieben haben. Am Sonntag abend waren beide noch mit den Kindern in einer Wirtshaus, wo sie den Knaben schlafend verabschiedeten. Als man am Montag Morgen alles verpackt fand, wurde die Polizei gerufen, die sich gewaltsam Eingang verschaffte. Sie fand die Gaslampe in der Stube abgefracht, und ein Schlauch war durch ein Loch in der Türe ins Schlafzimmer geleitet. Hier lagen beide Eheleute tot im Bette und ebenso fand man die vier Knaben ebenfalls tot in den Betten, liegen. Zwei gaben noch ganz schwache Lebenszeichen, es gelang aber nicht, sie durch den sofort herbeigeholten Sanitätswagen ins Leben zurückzurufen. Die Tat erweist hier offenkundig Mitleid mit der unglücklichen Familie.

Die Auffindung des Balkons „Hildebrandt“.

Stettin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Um zu dem endlich gefundenen Balken „Hildebrandt“ zu gelangen haben gestern nachmittags etwa 400 Menschen ihr Leben riskiert und waren auf dem nicht mehr als ein und einen halben Fuß hohen Eis bis zur Gänze vorgedrungen. Während die Balkenfläche selbst auf dem Eis liegt, befindet sich neben der Halle ein von den Hölzern geschlagener Tod. Ein Telegramm des „Verl. Volksz.“ aus Wittenberg von gestern 10 Uhr abends besagt: Der Balken und die leuchtende Schneedecke geben genug Licht, um die Gondel unter der Wasserfläche erkennen zu lassen; darin steht ein Mann aufrecht. Er hat schwarzes Haar und einen schwarzen Schnurrbart und seine rechte und linke ungedeckten Hände umfassen krampfhaft die Seile, die Gondel und Balken verbinden. Ueber den Rand der Gondel scheint eine zweite Gestalt zu liegen. Die Kräfte, die leise bewegenden Hölzern verabschieden die Eiten bereit, daß sich bestimmt nicht erkennen läßt.

Wittenberg, 17. Jan. Mit dem Frühzuge kam der Landrat Köhler und der Schriftleiter des Berliner Vereins für Luftschiffahrt Brodelmann an. Sie begaben sich mit dem Postmeister Hoffmann an die Unfallstelle. Auch die Ver-

wandten der beiden Verunglückten sind eingetroffen. Mit der Vergung begann man noch nicht.

England, die Türkei und Persien.

Berlin, 17. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Der englische Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey soll sich einer Depesche des Newyork Herald zufolge dem türkischen Vorkämpfer in London Zeffi Pascha gegenüber mit einer gewissen Bitterkeit über die die englischen Interessen gefährdende Haltung der Türkei in der persischen Frage ausgesprochen haben: der Minister habe den Vorkämpfer ersucht, in Konstantinopel dahin zu wirken, daß die Türkei überhaupt aufhöre, sich mit der komplizierten persischen Angelegenheit zu befassen. Wenn man aber am Goldenen Horn fortfahren sollte, die englischen Kreise in Persien zu stören, so würde England seine Rechte auf jede Art zu verteidigen wissen. Der Minister meinte schließlich, die Türkei werde die wohlgemeinten Ratschläge beherzigen. Wenn dies der Fall sein würde, sei das Londoner Kabinett bereit, die so lange schwebende Streit-Angelegenheit einer für die Türkei geeigneten Lösung zuzuführen.

Der Protest gegen den Entwurf der Fernsprechngebührenordnung.

Mannheim, 17. Jan. Die Mannheimer Handelskammer hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie bittet, dem Entwurf in der vorliegenden Fassung die Zustimmung zu verweigern. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Der vorliegende Entwurf der Fernsprechngebührenordnung trägt den mit fester Einmütigkeit und Rücksichtlichkeit erdachten Gedanken, insbesondere den Wünschen nicht Rücksicht, die der Deutsche Reichstag in seinen Versammlungen am 20. März 1906 und 21./22. April 1910 zum Ausdruck gebracht hat. Er entspricht immer noch einer genauen Darlegung der Finanzverhältnisse des Fernsprechnwesens und seiner Rentabilität. Wenn auch die Budgetkommission des Reichstags in den Regierungsentwurf das von allen am Verkehr interessierten Kreisen als unumgänglich notwendig bezeichnete System der Pauschalgebühren eingeführt hat, so stellt doch diese Abänderung keine wesentliche Veränderung dar, weil das Prinzip der „Gegenseitigkeit“ allzu stark betont und der Gedanke des Entwurfs unverändert beibehalten ist: wesentliche — durchaus ungeschickliche — Vereinerung des Fernsprechnwesens und damit neue unvorstellbar hohe, freilich nur die Leistungsfähigen treffende Belastung und Befähigung von Handel, Industrie und Gewerbe zugunsten des flachen Landes. Sollte der bestehende in Aufhebung der Gesprächskosten unbegrenzte Pauschalgebührenvertrag wegen der damit verbundenen ungleichen finanziellen Belastung der einzelnen Teilnehmer und des aus der übermäßigen Inanspruchnahme der Anschlußleitungen sich ergebenden Betriebschwierigkeiten tatsächlich nicht aufrecht erhalten bleiben können, so werden die dem jetzigen Entwurf anhaltenden Mängel sich am besten vermeiden lassen durch Beibehaltung des bisherigen Systems unter möglicher Erhöhung der Pauschalgebühren bei großer Gesprächszahl und Vorgezogenheit der Gesprächszahl für einen Anschlag.

Im Interesse des weiteren Ausbaues eines unerschütterlichen Verkehrsmittels und zur die Aufrechterhaltung neuer Laken auf Handel, Industrie und Gewerbe zu vermeiden, bittet die Kammer den Reichstag, dem Entwurf in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung zu verweigern.

Ein Unterseeboot gesunken.

Niel, 17. Jan. Das Unterseeboot U 3 ist in der Kaiserlicher Bucht im Nieler Hafen gesunken. Das Geleitschiff Vulkan und der große Kran der kaiserlichen Werft sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Niel, 17. Jan. Der Unfall des Torpedobootes U 3 entstand wahrscheinlich infolge unbeabsichtigten Vollaufs der Bootsabteilung. Eine unmittelbare Gefahr für die Besatzung liegt nicht vor, zumal der Sauerstoffvorrat mehr als 48 Stunden ausreicht. Das Bootkommando trat bereits durch Telephonboje in Verbindung mit der Außenwelt.

Berlin, 17. Jan. Der Unfall des Unterseebootes U 3 ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr. Das Hinterstück ist voll Wasser und liegt unter der Wasseroberfläche. Offenbar hat der Führer das Boot auf den Strand zu setzen versucht. Sobald der Unfall bekannt wurde, schickte ein Kriegsschiff dem Boot einen Schlepper zur Hilfeleistung ab. Gegen 12 Uhr kam die Telephonboje des gesunkenen Unterseebootes an die Wasseroberfläche, zum Zeichen dafür, daß die Besatzung noch lebt und sich mit den Rettungsmannschaften verständigen wollte. Von der Werft aus wurde sofort der große Schwimmkran Vulkan, der zur Zeit ohne Dampf auf der Werft liegt, mit dem Schleppmittel nach der Unfallstelle gebracht. Der Stationschef, Viz-Admiral Schröder, der Inspektor des Torpedowesens, Kontr.-Admiral Jans und der Oberwerftdirektor leiten die Rettungsarbeiten. Es besteht die Hoffnung, daß das Boot im Lauf der Nachmittagsstunden geborgen wird.

Im Reichsmarineministerium wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß sich über das Schicksal der Besatzung des Unterseebootes einstweilen nichts Bestimmtes sagen läßt, doch liege für die eingeschlossene Besatzung keine Veranlassung vor, da mit dem Unterseeboot bereits telephonisch Verbindung hergestellt worden sei. Ueber die Ursache des Sinkens wird an maßgebender Stelle höchstes Stillschweigen bewahrt, da eine Erklärung darüber nicht möglich wäre, ohne die geheimen Konstruktionen des Bootes zu erwähnen. Die Hebung wird bereit vor sich gehen, daß der Vulkan über das gesunkene Boot fährt und seine Hebedrosseln das Boot anheben. Weiter wird gemeldet, daß eine unmittelbare Gefahr für die Besatzung des Bootes nicht vorliege, zumal der Sauerstoffvorrat für mehr als 33 Stunden ausreicht.

Weiter wird auf Niel gemeldet: Prinz Heinrich von Preußen hat seine Absicht zur Teilnahme an den Hoffestlichkeiten in Berlin verabschiedet und sich zur Unfallstelle des Unterseebootes U 3 begeben.

Die Moabiter Krawalle vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 12. Jan. Das preussische Abgeordnetenhaus schloß heute die allgemeine Ansprache über den Straf fort. Zunächst nahm der Minister des Innern von Dallwig das Wort, um sich gegen die gestrigen Darlegungen des Abg. Ströbel (Esp.) über die

Moabiter Vorgänge zu wenden. Der Minister gab eine genau Beschreibung der Ereignisse, des Ursprunges und der Angriffe auf die Arbeitswilligen. Der Minister stellte fest, daß in der Zeit vom 21.—23. September ein Polizeioffizier und 6 Beamte, aber kein Exzident verletzt wurde. Weiter verbreitete sich der Minister über die großen Straßenschlagen. Der Minister schloß dann eine Betrachtung über das Vorgehen der Polizei und führt auf ihr energisches Eingreifen die Beilegung des Streikes zurück. Daß Militär nicht zugezogen wurde, hält der Minister gegenüber den Ausführungen der Konservativen aus ethischen und praktischen Gründen für richtig und der preussischen Tradition entsprechend. Besonders energisch verteidigt der Minister die Polizei gegenüber dem Vorwurf der Brutalität. Er bezeichnet es als die vornehmste Pflicht des Staates, die Arbeit zu schützen. Durch die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratische Agitation wurde über das Verhängnis für Recht vertrieben. Das Koalitionsrecht dürfe niemals zu einem Zwang ansetzen. Rechtlich könne niemand als Anführer für die Unruhen verantwortlich gemacht werden, aber die moralische Schuld treffe die sozialdemokratische Presse, die die Polizei als Feinde der Arbeiter und des Bürgerturns hinfühle. Der Minister behauptet das, gerade im Interesse der Arbeiter und auch derjenigen, die im Banne der Sozialdemokratie stehen, weil sie zu neuen Ungehelichkeiten angezureizt würden. Mit erhebener Stimme schloß der Minister seine Ausführungen mit der Bemerkung: Ich wollte keine Zweifel darüber lassen, daß die Regierung mit aller Energie alle solche Ausschreitungen auch in Zukunft energisch bekämpfen wird. Die Rede des Ministers wurde auf der rechten und in der Mitte mit großem Beifall aufgenommen, während die Sozialdemokraten die Ausführungen des Ministers mit Hissen beantworteten. Auch der Abg. Frhr. v. Jellisch, der darauf das Wort ergriß, ging auf die Moabiter Vorgänge ein und gab der Sozialdemokratie die Hauptschuld an den bedauerlichen Ausschreitungen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Jan.

Vor der Reichstag heute in die eigentliche Beratung eintrat, beabsichtigte ihn eine Immunitätsfrage. Wegen den Abg. Carlstens (Hortfhr. Volksp.) schwebt ein Privatbeleidigungsverfahren, zu dem die Genehmigung des Reichstages erforderlich ist. Die Gesetzkommmissionskommission stellt jedoch den üblichen Antrag, die nachgeschickte Genehmigung nicht zu erteilen. In der heutigen Plenarsitzung beantragt der Volksparteiler Doorman die Genehmigung, da auch der Abg. Carlstens selbst darum gebeten habe. Ihm tritt jedoch der Abg. Neumann-Hofer (Hortfhr. Volksp.) mit Entschiedenheit entgegen, da durch die Genehmigung der Strafverfolgung auf Wunsch der betreffenden Abgeordneten hin, die ganze Immunität der Abgeordneten beseitigt würde. Die überwiegende Mehrheit des Hauses schließt sich dieser Ansicht an und befähigt den Kommissionsantrag. Die Genehmigung zur Strafverfolgung wurde also nicht erteilt.

Die zweite Lesung des Zuwachstenergesetzes wurde sodann fortgesetzt. Das Haus befindet sich zunächst noch in einer allgemeinen Ansprache, als der erste Redner, der Reichsparteiler v. Dirksen das Wort nahm. Er verlangt in kurzen Ausführungen namens des überwiegenden Teiles seiner Freunde die Zustimmung zur Vorlage und bekräftigt, daß die Vorlage irgend eine agrarische Tendenz zeige. Hierauf sprach der Pole Seyda.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht vorgelegen habe. Die Veröffentlichung sei erfolgt, um bei der Kürze der Zeit der Öffentlichkeit Gelegenheit zur kritischen Stellungnahme zu geben.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsversicherungs-Kommission erlebte heute zunächst einige Bestimmungen über die Militärliebestaffeln der Krankenkassen im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung. Die Frage der Halbierung oder Drittelung bei der Zusammenfassung des Vorstandes soll an das Ende der Beratung gestellt werden. Vor einer folgenreichen Entscheidung wurde die Kommission bei dem bei der ersten Lesung abgelehnten Paragraphen 343 gestellt. Nach diesem Paragraphen der Regierungsvorlage soll der Vorstand bei den Landkrankenstellen nicht wie bei den Ortskrankenstellen aus einer Wahl hervorgehen, sondern durch den Gemeindevorstand bestimmt werden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, verlangte die Wiederherstellung dieses Paragraphen und erklärte im Antrage der verbündeten Regierung, daß die ganze Reichsversicherungsordnung ohne den Paragraphen 343 unannehmbar sei. Er bekräftigt die Behauptung des polnischen Mitgliedes der Kommission, daß es sich bei diesem Paragraphen um ein Ausnahmengesetz gegen die Polen handle. Auch eine wesentliche Abänderung dieser Bestimmung der Regierungsvorlage könne nicht abgelehnt werden. Es konnte auch nicht etwa die Verabschiedung eines Teiles der Versicherungsordnung in Frage. Denn die verbündeten Regierungen müßten auf das Ganze verzichten, wenn auch nur einzelne Teile der Versicherungsordnung in Wegfall kämen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Staatssekretärs vertagte sich die Kommission auf morgen. Der Staatssekretär gab in Bezug auf den gestern veröffentlichten Entwurf des Privatbeamtenversicherungs-gesetzes die Erklärung ab, daß der Entwurf dem Bundesrat no. nicht v

Attentat auf den französischen Minister Briand.

Paris, 17. Jan. Im Laufe der heutigen Kammer- sion wurden von der Zuhörertribüne auf Briand drei Revolverkugeln abgegeben, die auf den Ministerbank saß. Briand blieb unverletzt. Nicman, der Direktor des Armenwesens, wurde an der Wade verwundet. Der Angreifer wurde festgenommen, es ist ein ehemaliger Gerichts- schreiber aus Bayonne.

Volkswirtschaft.

Zurückgehender Wasserstand des Rheines.

Der fortgesetzt zurückgehende Wasserstand, der infolge der herrschenden kalten Witterung nur noch schneller fällt, bringt es naturgemäß mit sich, daß der Schiffsverkehrsverkehr, der ohnehin in der letzten Zeit wenig lebhaft war nur noch zurückgeht. Bereits haben die bergwärts kommenden Schlepplöhne keine vollen Lösungen mehr und sehr schnell wird es notwendig werden, die Leichterungsarbeiten an den kleineren Schiffsanlegern im Gebirge vorzunehmen, damit die Schiffe imstande sind, das ganze Gebirge und das Rheingauwasser durchfluten zu können. An manchen Tagen in der letzten Zeit herrschte auch hin und wieder mehr Verkehr als sonst und die Kohlenlieferungen, die einen Hauptbestandteil der Zufuhr aus- machen, sind immer vorhanden soweit die in den Lagern entstehen- den Läden eine Zufuhr erforderlich machen. Auch Stroh- und Getreide werden angefahren. Bei den von Bingen und in Rempten nach dem Niederrhein und der Ruhr abgehenden Braun- stein- und Glimmersteinlieferungen werden als Frachtlosh für den Fein- 3-3 1/2 Ffg. angelegt.

Vom Tabakmarkt.

Zum Teil ließ die abgelieferte Ware zu wünschen übrig, was bei der Vermiegung Anstände und Abzüge im Gefolge hatte. In der Bruchhaler Gegend wurden in Vangensbrüden im ganzen rund 625 Jtr. gegen 1900-1900 Jtr. in regelmäßigen Jahrgängen ge- liefert. Die Erträge schwankten zwischen 40 und 44 Mark die 50 Kilogramm. Die Ablieferungen in Mittelbaden sind jetzt in vollem Gange. Die abgelieferte Ware war zum Teil leicht und nicht rippig. In Regelsfurt, wo bedeutende Posten verworfen wurden, machten die Käufer Abzüge bis zu 15 Mark für den Zentner für minderwertige Ware; der Durchschnittserlös betrug daselbst 45 Mark die 50 Kilogramm. In Urloffen wurde mit der Ablieferung von mehr als 100 Jtr. 1910er Tabak begonnen. Der in den Magazinen der Händler und Bearbeiter befind- liche 1910er Tabak entwickelt sich nach wie vor günstig. Die Ver- wendbarkeit der an und für sich leichten Blätter in der Zigaretten- herstellung ist so gut wie gesichert. Aber auch an Schneidgut- und Spinnstabtabak enthält die diesjährige Ernte viel geeignete Ware. Kein Wunder, wenn angesichts der Knappheit an alten Schneidguttabak das Interesse sich auf 1910er Erträge richtete. Rheinische und westfälische Spinn- und Schneidgut- hersteller kauften neuerdings weitere Posten neuer Herbstabak zu 62-66 M. für den Zentner. Der Markt in alten Zigarettenabak ist, wie der „Köln. Bzg.“ aus Mannheim geschrieben wird, an- dauernd fest. Die Nachfrage nach Umblatt-Tabak konnte bei dem sehr bestehenden Angebot nicht befriedigt werden, dagegen war der Bestand an Einlagen etwas reichlicher. Entrippte Ein- lagen stiegen abermals angesichts des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage. Bei jüngsten Hebergängen erzielte diese Ware je nach Güte 123-129 Mark für den Zentner. Für ge- wöhnliche Einlagen wurden durchschnittlich 66-62 M. für den Zentner bewilligt. Von alten Originaltabak wechselte verein- zelt ein kleiner Posten feinen Cigars zu bisherigen Preisen. Hier und da kam auch eine Partie loser Blätter zum Verkauf. Der Rippentabak fiel durch seine Festigkeit auf, obgleich der Verkehr an und für sich beengt war. Die Cigars ließen sich zu Preiszu- gehändnissen nicht herbei. Man fordert für Pfälzer Rippentabak 13-13,25 Mark für den Zentner. Ueberseische Ware wurde zu 16,50 M. und gebühelbe zu 19,50-19,75 M. die 50 Kilogramm angeboten. Der Beschäftigungsgrad der hiesigen Zigaretten- fabriken kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Internationale Konferenz für Getreidehandel in Anklam.

Der „Frankf. Bzg.“ wird geschrieben: Eine vom Verein rheinisch-westfälischer Importeure nach Duisburg einberufene Versammlung zur Vorberedung über die Petersburger inter- nationale Getreidekonferenz fand am 13. d. M. hier statt, wobei der Niederrhein, Holland und Belgien vertreten waren. Aus Süddeutschland hatten Mannheim und Frankfurt a. M. Vertreter entsandt. Bezüglich des Hauptpunktes, der Weizenbe- sofsklausel im deutsch-niederländischen Getreidekontrakt, wurde beschlossen, anstatt der im Oktober in Berlin angenom- menen Stala, für die von holländischer Seite vorgeschlagene zu stimmen. Diese weicht übrigens nur unwesentlich von der Berliner Stala ab. Die Vertreter Belgiens erklärten, daß sie prinzipiell gegen eine obligatorische Weizenbesoßklausel seien, sich aber doch an den Beratungen in Petersburg beteiligen würden. Das Datum für die Petersburger Konferenz ist noch nicht bekannt ge- geben. Man nimmt aber an, daß es der 13. Februar sein werde.

Zuckerfabrik Frankenthal. Der leitende Prokurist, Herr Wil- helm Kunzweiler ist als stellvertretendes Mitglied des Vor- standes der Gesellschaft bestellt worden. Dem langjährigen Mit- arbeiter, Herrn Karl Kullmann, wurde Handlungsvollmacht erteilt.

Aktienbrannerei Altenburg. Einheimisch-Waden-Baden. Nach Akt. 42421 (M. 44211) Abschreibungen verbleiben für 1909/10 Akt. 35989 (M. 36480) Reingewinn, woraus wieder 4 Prozent Dividende auf Akt. 800000 Aktienkapital verteilt werden.

Die Vereinigten Frankfurter Schuhfabriken Akt.-Ges. in Nürnberg haben von der Certain-Akt.-Ges. Nürnberg-Tab einen großen Grundstückskomplex erworben, um infolge der Ausdehnung des Geschäftes ein neues großes Fabrikgebäude darauf zu er- richten.

Kerbräu, G. m. b. H. in Kelm (W.). Die Generalver- sammlung der Kerbräu G. m. b. H. in Kelm (W.) soll am beschließen über Verabreichung von Konsortialanforderungen, so- wie über Statutenänderungen, u. a. in folgenden Punkten: daß die ordentlichen Versammlungen künftig nur alle vier Jahre statt- finden, Herabsetzung der Geschäftsanteile auf 25 Prozent, event. noch weitere, Aenderung der Abschreibungen.

Telegraphische Handelsberichte.

Düsseldorf, 17. Jan. Wie im hiesigen Bezirk verlautet, soll das Werk, mit dem die Westfälische Drahtindustrie A.-G. in

Hamm eine Interessengemeinschaft einzugehen beabsichtigt, die Firma Gebr. Stumm in Kettwieschen sein. (Frankf. Bzg.)

Düsseldorf, 17. Januar. Die Splinten-Vereinigung (Kammereizung für Verfestigungswerke) hat mit sofortiger Be- ginn eine Erhöhung der Verkaufspreise um 5 Proz. berart vorge- nommen, daß die bisherigen Rabatte zu einem entsprechenden Satz ermäßigt werden. (Frankf. Bzg.)

Berlin, 17. Jan. In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung der Vereinigten Lausiger Glaswerke A.-G. wurde beschlossen, der auf den 7. Februar einzuberufenden Generalversammlung die Ver- teilung von 24 Prozent Dividende nach den gemolten Abschrei- bungen vorzuschlagen. Gleichzeitig wird die Verwaltung die Er- höhung des Kapitals, das gegenwärtig 3 Mill. M. beträgt, um 500000 M. beantragen. Die Kapitalerhöhung soll zur Anglie- derung eines benachbarten Kohlenwerkes dienen.

Wien, 17. Jan. Der Verwaltungsrat der Oesterreichischen Kreditanstalt beschloß heute eine außerordentliche Generalver- sammlung für den 1. März einzuberufen und den Antrag auf Aus- gabe von 30 Mill. Kronen neuer Aktien zu stellen. Von den Aktien wird lt. „Krf. Bzg.“ 1/2 den Gründern der Anstalt, 1/2 den Aktio- nären angeboten werden.

Wien, 17. Jan. Die Preise für Terpentin erreichten lt. „Krf. Bzg.“ den höchsten Stand seit dem Bürgerkrieg. Sichtbare Vorräte sind 15962 Vargel vorhanden gegen 32763 Vargel im letzten Jahre.

Von der Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Wiener Unionbankaktien wer- den vom 18. ds. Mts. an exkl. Bezugsrecht notiert. Der Wert des Bezugsrechts der aus 500000 Aktien in allen Aktien restitierenden Teilhaber (Sphära) ist auf 1 Prozent festgelegt. — Vom 18. d. Mts. an sind 20 Millionen 4proz. Schuldverschreibungen V. Ausgabe des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen gleich den bisher notierten lieferbar.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Von der Dresdener Bank wurde hier beantragt, 1 Million neuer Aktien und 5 Mill. 4proz. Hypotheken-Obligationen Serie A sowie 10 Mill. 4prozentige Hy- potheken-Obligationen Serie 10 b der Schwarzburger Hypothek- bank Sonderkassen zur hiesigen Börse zuzulassen.

Ungünstiger Abfall der Reptun-Werke.

Hamburg, 17. Jan. Von gut unterrichteter Seite ver- lautet, daß die Reptun-Werke in Rosdorf im Jahre 1910 ungenügend gearbeitet habe und eine Dividende nicht zur Verteilung bringen werde (s. S. 4 Proz.) Der Direktor H. Schinkel, ist lt. „Krf. Bzg.“ zum 1. Januar aus dem Vorstand ausgeschieden.

Zahlungsschwierigkeiten.

Hamburg, 17. Jan. Die Fabrik für Zentralheizungs- anlagen Dose u. Mindeberg, Inhaber Dose u. Schmidt, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Eröffnung des Konkurses ist lt. „Krf. Bzg.“ beantragt worden.

Rheinische Bank Essen.

Die die „Krf. Bzg.“ hört, schwächen innerhalb der Verwaltung Erwägungen über eine demnächst vorzunehmende Erhöhung des zur Zeit 21 Mill. M. betragenden Aktienkapitals, doch sind feste Beschlüsse bez. des Betrages der neu zu emittierenden Aktien noch nicht gefaßt worden.

Neues vom Dividendenmarkt.

München, 17. Jan. Die Baumwollweber Böschling- weber erzielte im Geschäftsjahr 1910 einen Reingewinn von 40663 Mark, woraus als Dividende 10 1/2 Prozent (14 Prozent) verteilt werden. (Frankf. Bzg.)

Berlin, 17. Jan. Im abgelaufenen Geschäftsjahre er- zielte die deutsche Petroleum A.-G., die zum Konzern der deutschen Bank gehört, einen Bruttogewinn von 1,58 Mill. Mark, einen Reingewinn von 1,47 Mill. M. Dividende 5 Prozent.

Vom Metallmarkt.

Berlin, 17. Jan. Auf dem Metallmarkt wurde elektro- lytisches Kupfer per März zu 116 1/2 angelegt, später war es zu nachgehenden Preisen stark angeboten. In Finn fanden Umsätze per März-April statt. Aluminium war zu 135 angeboten. Der Markt war gut behauptet und es herrschte mehr Unternehmungs- lust. Es ist beabsichtigt, die Marktzeit von 1-2 Uhr statt wie bis- her auf 12-1 Uhr zu versetzen.

Goldbergschiffung nach Indien.

London, 17. Jan. Da Ägypten nicht in der Lage war, der starken Goldnachfrage nach Indien zu genügen, wird wahr- scheinlich Ende der Woche ein größerer Betrag Gold für den Ex- port nach Bombay der Bank von England entnommen werden. (Frankf. Bzg.)

Gesamteinahmen der anatolischen und wazedonischen Bahnen.

W. Konstantinopel, 17. Jan. Die Gesamteinahmen der anatolischen Eisenbahn betragen in der Zeit vom 24. Dezember bis 31. Dezember 1910 425412 Francs (mehr 159488), seit dem 1. Januar 1910 11487999 (mehr 3633717).

W. Wien, 17. Jan. Mazedonische Eisenbahn. (Salonik-Monastir). Die Gesamteinahmen in der Zeit vom 24. Dezember bis 31. Dezember 1910 betragen 129234 Francs (mehr 50157 Francs), seit dem 1. Januar 1910 3565084 Francs (mehr 422365 Francs).

Günstige Verfassung der Newporter Banken.

W. Newporf, 17. Jan. Auf dem Bankett der Bankiers des States Newporf, erklärte gestern abend Hines, der Prä- sident der First-Nationalbank, daß die Bank der Newporfer Banken zu keiner Zeit gefährdet und gefestigter gewesen wäre als jetzt.

Telegraphische Börsen-Berichte.

(Brisattelegramm des General-Anzeiger 3.)

Frankfurt a. M., 17. Jan. Fondsbörse. Die zuverlässigste Stimmung auf dem Bankensmarkt ist dem großen Erfolge der neuen 4proz. ungarischen Anleihe zuzuschreiben. Das neue Papier wird bereits 1 Prozent höher über den Emissionskurs genannt. In Zu- sammenhang damit ist das Interesse für österreichische Kredittitel zurückzuführen, ebenso auch die günstige Disposition der leitenden Bankinstitute erklärlich, welche an der Regie des Geldmarktes in hervor- ragendem Maße beteiligt ist. Bei lebhafterem Verkehr sind zunächst Berliner Danubienbankaktien, Darmstädter Bank, Eschbankener und Kreditaktien zu erwähnen. Deutsche Effektenbank anziehend. Recht beliebt ist die Spekulation über den Anweis der Reichsbank, welcher weitere erhebliche Fortschritte machte. In der Frage der Diskontierungsbankungen dürfte sich allerdings die Reichsbank zunächst abwärts verhalten, da man mit der fortwährenden Kräftigung des Reichsbankdiskonts nicht um ein halbes Prozent herabziehen möchte. Bahnen konnten sich behaupten, Schiffahrtstitel ruhig und behauptet. Der Verkehr in Montanpapieren war ungleichmäßig. Phönix-Vergaben sind indessen gut gehalten. Elektrizitätswerte gut behauptet. Der Rohstoffmarkt lag überwiegend fest bei aller- dings mäßigen Umsätzen. Von schwerverfügbaren Werten sind Ungar- enise beliebt. Russen behauptet. Für Türkeiaktien bestand Interesse. In heimischen Anleihen sind Reichsanleihe behauptet. Im weiteren Verlaufe war das Geschäft anregender und die Stimmung auf allen Gebieten fest. An der Nordsee Kommanaktien lebhafter. Nach Bankaktien erliefen teilweise mehrere Kursrückbildungen.

Berlin, 17. Jan. Fondsbörse. Das Hauptinteresse der heutigen Börse konzentrierte sich auf den Markt der Randanleihen, worin ein recht lebhafter Verkehr, zu steigenden Kursen, sich ent- wickelte. Die Anlegung hierfür boten die Zeitungsnachrichten, denen zufolge eine Kapitalerhöhung um 20 Millionen Dollars geplant sei. Die Kurse legten um 1 Prozent höher ein und erliefen im Be- sondere eine weitere Steigerung in gleicher Höhe. Montan-, Schiff- fahrt- und Elektrizitätswerte bewegten sich in ruhigen Verlaufe. Bahnaktien neigten bei festem festlicher Unternehmungslust am Schwäche. Von österreichischen Werten verloren Kreditaktien um ihrer geringen Kurssteigerung wieder einen Teil. Zähl. Zähl. 4 Prozent.

Berlin, 17. Jan. Produktenbericht. Der Weizenmarkt ze- cherte in schwacher Haltung. Die matte Haltung der Auslandsbörsen und die erniedrigten argentinischen und russischen Effekten ze- anlichten Abgaben. Stärkeres Angebot trat aber nicht hervor. Die billigeren russischen Effekten wirkten auf Roggen abdrückend. Futterartikel hatten ruhigen Verkehr. Rindli war billiger erhältlich. Weiter: trübe.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, Mais, etc. and their prices per 1000 kg.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 14. Januar. (Offizieller Bericht.) Die Börse verkehrte bei belanglosen Umsätzen in fester Haltung. Präl. Anleiheaktien 105 G. Rhein. Kreditaktien 137,50 G. Böhmerland 225 G. Mannheimer Versicherungsaktien 780 G. Ober- rhein. Versicherungsaktien 1020 G. O. Schindl u. Cie. 225 G. und Juderaktien Waghaufaktien 181,50 bei u. G.

Table with columns for Aktien (Shares) and Brief (Orders) for various companies like Rheinische Bank, Chem. Industrie, Brauerei, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

Table with columns for Telegraphische Börsen-Berichte, including exchange rates and prices for various securities.

Table with columns for Staatspapiere, A. Deutsche, listing government securities and their prices.

Table with columns for Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten, listing shares of transport companies.

Table with columns for Eisenbahnen, listing railway shares and their prices.

Alten industrieller Unternehmungen.

Table with 2 columns: Company Name and Value. Includes entries like 'Bau- u. Holzfabrik', 'Kunstseidenfabr.', 'Kunstwollfabrik'.

Bergwerksaktien.

Table with 2 columns: Company Name and Value. Includes entries like 'Böhmischer Bergbau', 'Königs- u. Laurah.', 'Kaiserliche Bergw.'.

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Bond Name and Value. Includes entries like '4% Pf. d. B. d. B.', '4% Pf. d. B. d. B.', '4% Pf. d. B. d. B.'.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with 2 columns: Bank/Insurance Name and Value. Includes entries like 'Deutsche Bank', 'Komm. u. Discont.', 'Deutsche Reichsbank'.

Berliner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like 'Kreditaktien', 'Discont.-Komm.', 'Staatsbahn'.

Berlin, 17. Jan. (Schlusskurs.)

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like 'Wechsel London', 'Wechsel Paris', 'Wechsel Brüssel'.

W. Berlin, 17. Jan. (Telegr.)

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like 'Kredit-Aktien', 'Discont. Komm.', 'Staatsbahn'.

Pariser Börse.

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like '4% Rente', '5% Rente', '3% Rente'.

Londoner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like '2 1/2% Consols', '3% Reichsanleihe', '4% Argentinier'.

Wiener Börse.

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like 'Kreditaktien', 'Bankaktien', 'Staatsbahn'.

Table with 2 columns: Instrument Name and Value. Includes entries like 'Kreditaktien', 'Bankaktien', 'Staatsbahn'.

Berliner Produktenbörse.

Table with 2 columns: Commodity Name and Price. Includes entries like 'Weizen per Mal', 'Roggen per Mal', 'Hafer per Mal'.

Budapester Produktenbörse.

Table with 2 columns: Commodity Name and Price. Includes entries like 'Weizen per Mal', 'Roggen per Mal', 'Hafer per Mal'.

Postdampfschiff-Verbindungen nach außereuropäischen Ländern.

Text describing shipping routes and schedules to various countries including Canada, Japan, and Australia.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Text providing news about ship arrivals and departures from various ports like Antwerp and London.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table with 3 columns: Item Name, Price, and Quantity. Lists various goods and their market prices.

Text providing contact information and details for Marx & Goldschmidt.

Advertisement for STOTZ & CIE. Elektricitäts-Gesellschaft m. b. H. MANNHEIM. Elektrische Licht- und Kraft-Anlagen.

Advertisement for Beamte = Angestellte. Text describing job opportunities and contact information.

